

Enste, Dominik; Gabel, Rebecca; Müller, Johannes; Potthoff, Jennifer; Unger, Barbara

Article

Soziale Gerechtigkeit in Deutschland: Wunsch versus Wirklichkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Enste, Dominik; Gabel, Rebecca; Müller, Johannes; Potthoff, Jennifer; Unger, Barbara (2025) : Soziale Gerechtigkeit in Deutschland: Wunsch versus Wirklichkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Sciendo, Warsaw, Vol. 105, Iss. 8, pp. 603-606, <https://doi.org/10.2478/wd-2025-0152>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/325272>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Dominik Enste, Rebecca Gabel, Johannes Müller, Jennifer Potthoff, Barbara-Natalie Unger

Soziale Gerechtigkeit in Deutschland: Wunsch versus Wirklichkeit

Was verstehen Deutsche unter sozialer Gerechtigkeit und wie priorisieren sie verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien? Eine aktuelle Bevölkerungsumfrage zeigt, dass Regelgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit als wichtigste Dimensionen angesehen werden, während Verteilungsgerechtigkeit von den Deutschen als am wenigsten wichtig betrachtet wird. Der internationale Gerechtigkeitsindex der Stiftung Familienunternehmen stellt dar, dass Deutschland bei Bedarfs- und Generationengerechtigkeit relativ gut abschneidet. Handlungsbedarf besteht hingegen bei Chancen- und Regelgerechtigkeit, da diese Dimensionen der Bevölkerung am wichtigsten sind und Deutschland hier im Vergleich zu anderen Dimensionen nur mittelmäßig abschneidet. Um Verbesserungspotenziale voll auszuschöpfen, sind sowohl ein effizienteres Regelsystem durch effektiven Bürokratieabbau als auch Investitionen in das Bildungssystem notwendig.

Die Gegenwart ist stark geprägt von Krisen: (Geo-)Politische Instabilität, Unsicherheit sowie Inflation und Stagnation beim Wirtschaftswachstum. Diese wirken sich auf das Vertrauen der Menschen in Demokratie und die Wahrnehmung von Gerechtigkeit aus. Insbesondere in Zeiten,

in denen das Wachstum ausbleibt und Verteilungskonflikte an Schärfe gewinnen, rücken Fragen nach mehr Gerechtigkeit in das Zentrum politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Debatten. In Deutschland wird soziale Gerechtigkeit von vielen als zu gering ausgeprägt wahrgenommen. Dies spiegelt sich auch in der öffentlichen Wahrnehmung wider: Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland empfinden 55 % der Bevölkerung als ungerecht, während nur 30 % die eigene wirtschaftliche Situation als ungerecht wahrnehmen (Goldschmidt et al., 2025). Diese Diskrepanz deutet darauf hin, dass viele Menschen die strukturellen Ungleichheiten in der Gesellschaft kritischer sehen als ihre persönliche Lage.

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Dominik Enste ist Leiter des Kooperationsclusters Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Rebecca Gabel und **Jennifer Potthoff** sind Ökonominen für Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik am IW Köln.

Dr. Johannes Müller ist stellvertretender Leiter des Bereichs Wissenschaft und Programme der Stiftung Familienunternehmen in München.

Dr. Barbara-Natalie Unger ist Referentin im Bereich Wissenschaft und Programme der Stiftung Familienunternehmen in München.

Die eine soziale Gerechtigkeit gibt es nicht

Eine allgemein anerkannte Definition von Gerechtigkeit existiert nicht, jedoch wird in der Gerechtigkeitsforschung zwischen sechs Dimensionen von Gerechtigkeit unterschieden (Enste, 2015; Enste & Klös, 2021):

- **Bedarfsgerechtigkeit:** Jeder erhält, was er zur Sicherung seines Existenzminimums benötigt.
- **Leistungsgerechtigkeit:** Jeder erhält, was ihm entsprechend seiner individuellen Leistung zusteht.
- **Chancengerechtigkeit:** Jeder hat gerechte Chancen auf Teilhabe an Bildung, am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben.
- **Verteilungsgerechtigkeit:** Güter und Leistungen sind zwischen den Menschen gleichmäßig verteilt.
- **Regelgerechtigkeit:** Jeder hat die gleichen Rechte und muss die gleichen Regeln befolgen.

- **Generationengerechtigkeit:** Jede Generation sorgt für eine ausgewogene Verteilung von Ressourcen, Rechten und Pflichten zwischen den Generationen.

Die Vielfalt der Gerechtigkeitskonzepte zeigt, wie komplex und vielschichtig der Begriff der sozialen Gerechtigkeit ist und wie unterschiedliche Perspektiven politische und gesellschaftliche Debatten prägen.

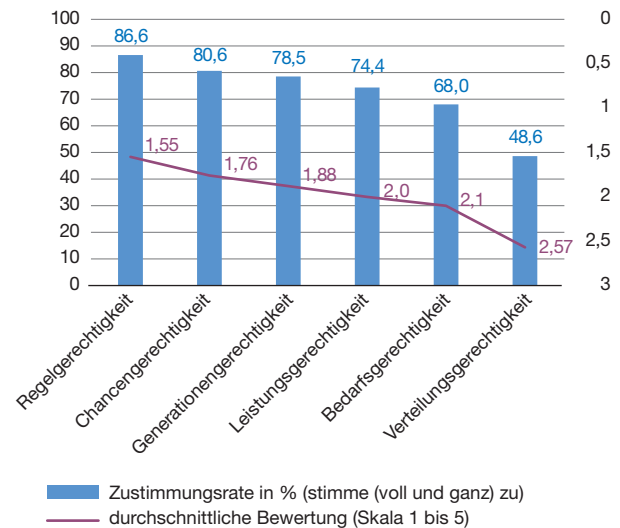
Regel- und Chancengerechtigkeit prägen das Gerechtigkeitsverständnis

Anhand der Ergebnisse einer quotenrepräsentativen Bevölkerungsumfrage (N = 3.267) wird deutlich, wie die Bevölkerung verschiedene Gerechtigkeitsdimensionen einstuft (Abbildung 1). Die Bewertung erfolgte auf einer Likert-Skala von 1 („Stimme voll und ganz zu“) bis 5 („Stimme überhaupt nicht zu“). Dementsprechend bedeuten niedrigere Werte (rechte Achse) eine höhere Zustimmung. Die Zustimmungsraten (0-100%; linke Achse) gibt an, wie viel Prozent der Befragten der zentralen Aussage, die die Gerechtigkeitsvorstellung der jeweiligen Dimension abbildet, (voll und ganz) zustimmen (Antworten 1 und 2 auf der Likert-Skala). Folgende Aussagen wurden dabei abgefragt: Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn „die gleichen Regeln und Rechte für alle gelten (Regelgerechtigkeit)“, „jeder Mensch unabhängig von der Herkunft über gleiche Chancen auf Teilhabe an Bildung, Arbeit und Gütern verfügt (Chancengerechtigkeit)“, „jede Generation die gleichen Chancen auf Wohlstand hat und Lasten gleichmäßig verteilt sind (Generationengerechtigkeit)“, „Personen, die im Beruf viel leisten, mehr verdienen als andere (Leistungsgerechtigkeit)“, „sie sich besonders um die Schwachen und Hilfsbedürftigen kümmert (Bedarfsgerechtigkeit)“, „Einkommen und Vermögen möglichst gleich verteilt sind (Verteilungsgerechtigkeit)“. Die Befragung wurde im Dezember 2024 durchgeführt und nach den Merkmalen Einkommen, Wohnort nach Bundesland und Geschlecht/Alter (Kreuzquote) repräsentativ gemäß der Verteilung im Mikrozensus quotiert.¹

An erster Stelle der Prioritätenliste steht Regelgerechtigkeit mit einer durchschnittlichen Bewertung von 1,55 und einer Zustimmungsraten von 86,6%. Damit genießt die Gerechtigkeitsvorstellung, wonach gleiche Regeln und Rechte für alle gelten sollten, den größten Zuspruch

¹ Da sich in diesem Panel überdurchschnittlich viele Personen äußern könnten, die gezielt ihre Meinung in Umfragen einbringen wollen, ist eine mögliche Selektivität im Antwortverhalten zu berücksichtigen. Zur Überprüfung der Robustheit wurden verschiedene Anpassungsgewichte (z. B. nach Schulabschluss) verwendet, die jedoch zu keinen relevanten Abweichungen führten. Da eine Hochgewichtung unbeachtete Verzerrungen nicht sicher ausgleichen kann, werden die Ergebnisse ungewichtet dargestellt (Fladmoe & Bergh, 2022).

Abbildung 1
Bewertung von sechs Gerechtigkeitsdimensionen, 2024



Quotenrepräsentative Bevölkerungsumfrage im Dezember 2024; N = 3.267; 1 = Stimme voll und ganz zu, 2 = Stimme zu, 3 = Teils/Teils, 4 = Stimme nicht zu, 5 = Stimme überhaupt nicht zu.

Quelle: eigene Berechnungen.

und unterstreicht die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz. In diesem Kontext ist es wichtig zu beachten, dass Regeln nur dann als gerecht gelten, wenn sie transparent, verständlich und nachvollziehbar sind. Eine übermäßige Regeldichte und ineffiziente Regelanwendung hingegen können nicht nur von der Bevölkerung und Unternehmen als negativer zeitlicher Aufwand wahrgenommen werden, sondern auch gesamtwirtschaftlich gesehen destruktiv (innovations- und wachstumsfeindlich) wirken, weil sie die Wirtschaftsleistung nachweislich beeinträchtigen (Falck et al., 2024). Besonders problematisch wird Bürokratie in Form von Überregulierung dort, wo sie als willkürlich oder praxisfern empfunden wird – dann verlieren selbst gut gemeinte Gerechtigkeitsregeln ihre Legitimationskraft. Unter Bezugnahme auf andere Forschungsarbeiten, wie von Falck et al. (2024), lässt sich Regelgerechtigkeit als Wunsch nach Gleichheit vor dem Gesetz und klaren, gerechten sowie verlässlichen Rahmenbedingungen verstehen.

Ebenfalls eine große Mehrheit der Befragten (80,6%) stimmt (voll und ganz) zu, dass eine Gesellschaft dann gerecht ist, wenn jede Person unabhängig von ihrer Herkunft über gleiche Chancen auf Teilhabe an Bildung, Arbeit und Gütern verfügt (Chancengerechtigkeit). Eine gerechte Verteilung von Chancen und Lasten zwischen den Generationen (Generationengerechtigkeit) wird ebenfalls als zentral erachtet: Mit einer durchschnittlichen Bewertung von 1,88 und einer hohen Zustimmungsraten von

78,5 % nimmt die Generationengerechtigkeit den dritten Platz auf der Rangliste der wichtigsten Gerechtigkeitsprinzipien ein. Viele Deutsche empfinden auch die Anerkennung von Leistung als gerecht und wichtig (Zustimmungsrate: 74,4 %; Bewertung: 2,0).

Besonderer Schutz für Schwache und Hilfsbedürftige (Bedarfsgerechtigkeit) hingegen scheint mit einer Zustimmungsrate von 68,0 % und einer Bewertung von 2,1 etwas weniger im Fokus der Deutschen zu stehen. Noch weniger Zustimmung erfährt die Verteilungsgerechtigkeit: Weniger als jeder Zweite (48,6 %) stimmt (voll und ganz) zu, dass eine Gesellschaft dann gerecht sei, wenn Einkommen und Vermögen möglichst gleich verteilt sind (Bewertung: 2,57). Obwohl in den Massenmedien Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland häufig als ernsthafte gesellschaftliche Herausforderung dargestellt wird, die soziale Spannungen und politische Instabilität verstärkt (siehe z. B. Berger, 2025), zeigt die Umfrage, dass Verteilungsgerechtigkeit im Sinne einer möglichst gleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen für die Befragten im Vergleich zu anderen Gerechtigkeitsdimensionen eine geringere Bedeutung hat. Dies bedeutet nicht zwangsläufig, dass die bestehende Ungleichheit als unproblematisch wahrgenommen wird, legt aber dennoch nahe, dass Gleichverteilung als Ziel weniger stark priorisiert wird als etwa Leistungs- oder Chancengerechtigkeit. Dass eine möglichst gleiche Einkommens- und Vermögensverteilung nicht die Priorität bei den Deutschen ist, weisen auch größere Längsschnittstudien, wie das sozioökonomische Panel (Adriaans & Liebig, 2021, S. 262), nach. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass nur etwa 9 % der befragten Personen in Deutschland der Aussage vollständig zustimmen, dass Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft gleich verteilt sein sollten, während rund 28 % diese Behauptung gar nicht befürworten.

Soziale Gerechtigkeit: Wunsch versus Wirklichkeit

Die Bevölkerung neigt dazu, Gerechtigkeit aus einer moralischen und intuitiven Perspektive zu betrachten und zu evaluieren und nutzt persönliche Erfahrungen, gesellschaftliche Stereotype, kognitive Heuristiken und vereinfachende Daumenregeln sowie plakative Einzelfälle bei ihrer Gerechtigkeitsbewertung (Enste, 2020). Das führte in der Vergangenheit dazu, dass in Deutschland eine deutliche Diskrepanz zwischen der subjektiven Wahrnehmung von Gerechtigkeit und einem objektiv messbaren Gerechtigkeitsniveau bestand. So wurde die Einkommensungleichheit häufig überschätzt und die soziale Mobilität sowie die Wirksamkeit staatlicher Umverteilungsmaßnahmen tendenziell unterschätzt, sodass insgesamt die sozialen Sicherungssysteme als weniger gerecht wahrgenommen werden, als sie tatsächlich sind. Im internatio-

Tabelle 1

Gerechtigkeitsansprüche versus -wirklichkeit anhand von sechs Dimensionen, 2024

Gerechtigkeitsdimension	Priorität in der Bevölkerung	Deutschlands Rangplatz im GEX (im Vergleich mit 34 Ländern)
Regelgerechtigkeit	1	17
Chancengerechtigkeit	2	14
Generationengerechtigkeit	3	9
Leistungsgerechtigkeit	4	18
Bedarfsgerechtigkeit	5	9
Verteilungsgerechtigkeit ¹	6	21

¹ In der Umfrage wurde nach Verteilungsgerechtigkeit gefragt, während im GEX Verteilungsgerechtigkeit aufgrund methodisch fragwürdiger und lückenhafter Vermögensungleichheitsdaten (Stiftung Familienunternehmen, 2025, S. 37) nur anhand von Einkommensdaten gemessen und daher als Einkommensgerechtigkeit bezeichnet wurde.

Quelle: eigene Berechnungen.

nalen Vergleich fällt auf, dass die gefühlte Ungleichheit in Deutschland besonders stark ausgeprägt ist, obwohl die objektiven Indikatoren eine weniger dramatische Lage widerspiegeln (Niehues, 2016).

Vor diesem Hintergrund kann es aufschlussreich sein, ergänzend zur subjektiven Bedeutung, die verschiedene Gerechtigkeitsdimensionen in der Umfrage erfahren, auch die tatsächliche Situation in Deutschland in den Blick zu nehmen. So lässt sich untersuchen, in welchem Maße die normativen Präferenzen der Bevölkerung mit den realen gesellschaftlichen Verhältnissen übereinstimmen. Der internationale Gerechtigkeitsindex (GEX) der Stiftung Familienunternehmen (2025) strebt eine objektive und umfassende Messung an, wie gerecht es in einem Land zugeht. Trotz bestehender Kritikpunkte eines summarischen Index (Stiftung Familienunternehmen, 2025, S. 71–72) bietet der GEX einen kompakten Überblick über den Ist-Zustand von Gerechtigkeit in Deutschland sowie über die Entwicklung von Gerechtigkeit im internationalen Vergleich in der vergangenen Dekade. Diese vergleichende Darstellung versachlicht eine oftmals emotional geführte Gerechtigkeitsdebatte. Im Jahr 2024 schneidet Deutschland unverändert zu 2022 mit Rang 10 unter 34 Ländern (Top 10) vergleichsweise gut ab. Das Gerechtigkeitsniveau Deutschlands liegt hauptsächlich hinter den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten, allerdings auf einem ähnlichen Niveau wie vergleichbare Industriestaaten und weit vor vielen südeuropäischen und angelsächsischen Ländern. Vergleicht man nun die durch die Bevölkerungsumfrage offengelegten Gerechtigkeitsansprüche mit dem im Index gemessenen Niveau der jeweiligen Gerechtigkeitsdimension, so zeigen sich für Deutschland einige Diskrepanzen (Tabelle 1). So schneidet

Deutschland in den Bereichen Regel- und Chancengerechtigkeit im internationalen Vergleich mit Rang 17 beziehungsweise 14 im Jahr 2024 im Verhältnis zu den anderen Dimensionen eher mittelmäßig ab – und das, obwohl diese beiden Gerechtigkeitskategorien von der Bevölkerung als stark prioritär eingestuft werden (Platz 1 und 2 der abgefragten Gerechtigkeitsaspekte).

Handlungsauftrag: mehr Regel- und Chancengerechtigkeit herstellen

Diese oben skizzierten Erkenntnisse sind vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Debatten besonders relevant und unterstreichen einen klaren Handlungsauftrag für die Bundesregierung. Das Auseinanderklaffen zwischen Wunsch und Wirklichkeit in den Bereichen Regel- und Chancengerechtigkeit legt nahe, dass die Politik sich auf gerechtigkeitsfördernde Maßnahmen konzentrieren sollte, die die tatsächliche Lebensrealität der Bürger:innen betreffen, anstatt den Fokus auf Bereiche wie Verteilungsgerechtigkeit zu legen, die in der Realität kein zentrales Anliegen einer Mehrheit der Menschen sind.

In Deutschland wird unter anderem intensiv über Reformen im Bildungssystem, am Arbeitsmarkt und in der sozialen Sicherung diskutiert. Gleichzeitig zeigen gesellschaftliche Kontroversen – etwa zur Besteuerung von Vermögen oder zum Bürgergeld –, dass verschiedene politische Lager unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit vertreten. Die Studienergebnisse liefern hier eine klare Orientierung: Gerechte Startchancen und verlässliche Institutionen sind der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich wichtiger als eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Menschen empfinden ein System als gerecht, wenn die Regeln und Voraussetzungen als fair gelten, selbst wenn dies zu ungleichen Ergebnissen führt. Diesen Befund bestätigen auch die Daten des Sozialberichts (Adriaans & Liebig 2024, S. 262), wonach weniger als 10 % der Bevölkerung dem Gleichheitsprinzip vollständig zustimmen.

Damit ergibt sich für die Politik der Auftrag, insbesondere Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch

verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu stärken, um dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürger:innen besser zu entsprechen. Dazu gehören der Abbau bürokratischer Hürden sowie mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit staatlicher Entscheidungen, um Regelgerechtigkeit zu stärken. Wichtig ist, dass nicht nur die Normen an sich gerecht ausgestaltet sind, sondern auch deren Umsetzung praktikabel ist. Ein besseres Verständnis der Kosten und Nutzen geplanter Regulierungen sowie eine intensivere Kommunikation über die Zielkonflikte politischer Maßnahmen könnten dazu beitragen, politische Entscheidungsprozesse konstruktiver, verständlicher und gesellschaftlich akzeptierter zu gestalten (Necker, 2025). Gleichzeitig sind Investitionen in das Bildungssystem entscheidend, um langfristig mehr soziale Mobilität und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten und damit mehr Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Literatur

- Adriaans, J. & Liebig, S. (2024). Sozialstruktur und soziale Lagen. In Statistisches Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung & Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.), *Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland* (S. 261-267).
- Berger, J. (2025, 05. März). *Arm und Reich: So gefährlich ist die Ungleichheit in Deutschland*. SWR1.
- Enste, D. H. (2015). Markt und Moral. *IW-Positionen*, Nr. 69.
- Enste, D. H. (2020). Laienökonomik und Verhaltensethik: Erkenntnisse und Ideen zum Wissenstransfer. In D. Loerwald (Hrsg.), *Ökonomische Erkenntnisse verständlich vermitteln* (S. 237-253). Springer Gabler.
- Enste, D. H. & Klös, H.-P. (2021). Wachstum, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. *Tripolare Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft? IW-Policy Paper*, Nr. 27.
- Falck, O., Guo, Y. M. & Pfaffl, C. (2024). *Entgangene Wirtschaftsleistung durch hohen Bürokratieaufwand* (ifo-Studie, 01-17 im Auftrag der IHK für München und Oberbayern).
- Fladmoe, A. & Bergh, J. (2022). The use of adjustment weights in voter surveys. Correcting for panel attrition and nonresponse can produce less accurate estimates of voting behavior. *Electoral Studies*, 78(1), 1–6.
- Goldschmidt, N., Kirchdörfer, R. & Deißner, D. (2025). Dimensionen der Gerechtigkeit. In Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.), *Gerechtigkeit – Wie wir unsere Gesellschaft zusammenhalten* (S. 9–20). Herder.
- Necker, S. (2025). Abkehr von Überregulierung und Bürokratie dringend geboten. *ifo Schnelldienst*, 78(01), 46–48.
- Niehues, J. (2016). Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich. *Wirtschaftsdienst*, 96(Sonderheft 13), 13–18.
- Stiftung Familienunternehmen (Hrsg.). (2025). *Internationaler Gerechtigkeitsindex – Betrachtungen von sechs Dimensionen in 34 Ländern* (erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft e. V.).

Title: Social justice in Germany: desire versus reality

Abstract: What do Germans understand by social justice and how do they prioritise different principles of justice? A recent population survey shows that regulatory justice and equal opportunities are seen as the most important dimensions, while distributive justice is considered the least important by Germans. The international justice index of the Stiftung Familienunternehmen shows that Germany performs relatively well in terms of needs-based and intergenerational justice. However, there is a need for action in the areas of fair opportunities and fair rules, as these dimensions are most important to the population and Germany scores only mediocrity here compared to other dimensions. In order to fully utilise the potential for improvement, both a more efficient regulatory system through an effective reduction in bureaucracy and investment in the education system are necessary.